

## Kampagne fordert Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts

Kinder ausländischer Eltern sollen doppelte Staatsbürgerschaft erhalten können

**Darmstadt/Berlin** (epd). Vertreter einer Kampagne für die doppelte Staatsbürgerschaft von Einwandererkindern haben eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts gefordert. Die Regelung, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sich zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen, solle abgeschafft werden, sagten unter anderen die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth (CDU) in einem Gespräch mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer (CDU) in Berlin, teilte der beteiligte Interkulturelle Rat in Deutschland am 8. Februar in Darmstadt mit.

»Für eine fundierte Bewertung des Optionsmodells ist es noch zu früh«, erwiderte Böhmer dem epd. Im Koalitionsvertrag sei vereinbart, die Optionspflicht zu überprüfen. Diese Evaluation müsse abgewartet werden. Wichtig sei, dass niemand ausgegrenzt und zurückgestoßen werde. »Ich fordere die jungen Leute auf, die deutsche Staatsangehörigkeit beizubehalten. Wer ja sagt zu Deutschland, hat alle Chancen, die unser Land bietet«, sagte die Ministerin.

Als Vertreter der Kampagne »Sie gehören zu uns - Wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes« nahmen den Angaben zufolge auch das DGB-

Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach (Grüne), der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat (SPD) und der Vorsitzende des Interkulturellen Rats in Deutschland, Jürgen Micksch, an dem Gespräch teil. Einwandererkinder, die in Deutschland geboren wurden, erhalten seit 2001 neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern automatisch auch die deutsche. Nach Erreichen der Volljährigkeit müssen sie sich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

»Unter Integrationsgesichtspunkten ist es ein unzumutbarer Zustand, dass bis 2018 sich 40.000 optionspflichtige junge Menschen für oder gegen die deutsche Staatsangehörigkeit und damit auch für oder gegen die Staatsangehörigkeit der Eltern entscheiden müssen«, kritisierte Buntenbach nach Angaben des DGB. Allein in diesem Jahr stünden 5.000 junge Erwachsene vor dieser Entscheidung.

»Der Optionszwang erklärt die Betroffenen zu Deutschen auf Widerruf«, bemängelte Micksch. Er mache es ihnen unnötig schwer, sich in Deutschland erwünscht zu fühlen. Außerdem lebten bereits heute 4,5 Millionen Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit in Deutschland »ohne nennenswerte Loyalitätskonflikte«. Die Kampagne gegen den Optionszwang sei von mehr als 4.000 Menschen unterzeichnet worden.